

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-203
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Kundgebung für den Reichspräsidenten

Einmütiger Beschluß der Reichsregierung

In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts, an der unter dem Vorsitz des Vizekanzlers und Reichsministers des Innern, Dr. Jarres, sämtliche Mitglieder des Reichskabinetts teilnahmen, wurde einstimmig eine Kundgebung für den Reichspräsidenten beschlossen.

Um dieser Entschliebung besonderen Ausdruck zu verleihen, begaben sich heute vormittag sämtliche in Berlin anwesenden Reichsminister zu dem Reichspräsidenten, wobei Vizekanzler Dr. Jarres die Entschliebung des Kabinetts übermittelte. Die Kundgebung lautet:

„Sehr verehrter Herr Reichspräsident! Das Reichskabinet hat in seiner gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen, Ihnen, Herr Reichspräsident, die Empfindungen zum Ausdruck zu bringen, die uns angesichts des Schicksals bewegen, das Sie in diesen Tagen zu ertragen haben. Wer an der Spitze des Deutschen Reiches steht, hat das Vaterlandes Wohl zu fördern und zu wahren.

Wir haben, zum Teil in jahrelanger Zusammenarbeit mit Ihnen, Ihre Mitten kennen und Ihre Persönlichkeit politisch und menschlich schätzen gelernt. Aus Grund dieser Erkenntnis wünschen wir Ihnen zu sagen, daß wir eifrig, ohne Unterschied der Parteistellung, die Überzeugung haben, daß Ihre Tätigkeit stets dem Wohle des deutschen Vaterlandes ergötzen hat.

Laßen Sie uns Ihnen in diesem Sinne unsere besten Wünsche für Ihre weitere Tätigkeit in Ihrem hohen verantwortungsvollen Amte aussprechen.“

Der von Berlin abwesende Reichkanzler Marx hat, wie Vizekanzler Dr. Jarres hinzu fügte, ihn beauftragt, dem Reichspräsidenten zum Ausdruck zu bringen, daß er die Empfindungen und Wünsche des Kabinetts aufrichtig teilt.

Nachplänge.

Die Meinung der Volkspartei.

„Die Zeit“, das Organ Stresemanns, hat während der Verhandlungen in Magdeburg ebenso törichte wie unpassende Bemerkungen über den im Brennpunkt deutschnationaler Angriffe stehenden Reichspräsidenten gemacht. Jetzt, nach der Urteilsfällung, sind dem Blatte andere Gedanken gekommen. Es urteilt jetzt über das Magdeburger Erkenntnis wesentlich politischer:

In diesem Streit um die Person Eberts muß man aber grundsätzlich verchiedene Maßstäbe anlegen für das, was den Arbeiterführer Ebert im Jahre 1918 bestimmt hat und für das, was er seitdem politisch bewiesen hat. Man darf nicht die absoluten Maßstäbe der juristischen Norm anwenden in einem Fall, der eigentlich nur rechtspolitisch zu werten ist. Es gibt in der Politik durchaus Fälle, wo man unter Umständen eine Zeitlang mit den Wölfen heulen muß, um ihnen das Bewußtsein zu nehmen, daß man in Wirklichkeit innerlich eine ganz andere Sprache spricht. Die er Fall lag hier zweifellos vor. Hätte Ebert 1918 nicht mit den Wölfen geheult, so wäre die ganze Bewegung in ein wildes, halbschwarzes Chaos ausgeartet. Man würde zu dieser rückwärtsgewandten entwicklungslosen Anschauung nicht kommen, wenn sich nicht Ebert in seiner Eigenschaft als deutscher Reichspräsident als ein Mann erwiesen hätte, der die nationalen Notwendigkeiten seiner Stellung durchaus von seinem politischen Herkommen zu trennen weiß. Ebert hat sich was allerdings erst späterer Aufklärung vorbehalten bleiben kann, mehr als einmal als ein national durchaus zuverlässiger Mann erwiesen, seit er an der Spitze des Reiches steht. . . . Wir haben wahrhaftig keine Veranlassung, für den Sozialdemokraten Ebert eine Sänze zu brechen, aber wir haben den Mut der unabhängigen Gesinnung, zu sagen, daß ein Mann, der zwei Söhne im Felde verloren und trotz der Aufforderung des Kaisers seinen dritten Sohn nicht von der Front zurückgehalten hat, und der in den sechs Nachkriegsjahren mit grahem Taft und politischer Klugheit immer das nationale vor das parteipolitische Thema gestellt hat, schließlich nicht gleichzustellen ist mit Verbrechern, die um persönlicher Vorteile willen ihr Volk und Vaterland verraten haben. Das dürfte auch der Standpunkt des Reichskabinetts sein.

Die „Rheinische Zeitung“, das führende volksparteiliche Blatt des Rheinlandes, äußert sich sehr scharf über das politische Werturteil, das in der Magdeburger Begründung zu finden ist.

Die ganze politische Vergangenheit des jetzigen Reichspräsidenten bürgt für seine nationale Gesinnung. Daß sich die deutsche Sozialdemokratie während des Weltkrieges im großen und ganzen frei und tapfer für ihr Vaterland eingesetzt hat, ist nicht zum wenigsten sein Verdienst. Er hat auch dafür gesorgt, daß der gefahrvolle Zustand, den die Revolution geschaffen hatte, so schnell wie möglich durch Einberufung der Nationalversammlung wieder in die normalen Bahnen des Rechtes und der Verfassung geleitet werde. Während der Dauer seiner Präsidentschaft hat er sich hinter den Russen und ohne Anspruch auf öffentliches Lob stets für die nationalen Interessen eingesetzt. . . . In dem Munitionsfeld des Januar 1918 hat Ebert nicht als einzeln stehende Persönlichkeit, sondern als Vertreter der Sozialdemokratie gehandelt. Er trägt infolgedessen auch keine Individualverantwortung, sondern eine Kollektivverantwortung.

Am Schluß sagt das Blatt: „Das Magdeburger Urteil setzt den Reichspräsidenten in die allgemeine Achtung herab. Gegen dieses Capitis deminutio (Verminderung der Rechtsfähigkeit) des Reichs-

präsidenten durch ein Schöffengerichtsurteil werden alle ruhig denkenden Deutschen Einpruch erheben. Wenn man ehrlich und demut an dem Wiederaufbau Deutschlands zu arbeiten entschlossen ist, so muß endlich ein Strich unter die Vergangenheit gezogen werden. Man muß auf dem Boden der Verfassung mit allen Persönlichkeiten zusammenwirken, die dem gleichen Ziele zustreben und von dem Vertrauen großer Volksteile getragen sind.“

Dann spricht das Blatt die Hoffnung aus, daß das Berufungsgericht politische Dinge weniger formaljuristisch auffassen wird, als das Schöffengericht.

Von einigem Interesse ist auch die Meinung der volksparteilichen „Magdeburger Zeitung“, die am Orte des Gerichts erscheint. Das Blatt sagt, es könne nicht Aufgabe eines Gerichts sein, die Haltung der Sozialdemokratie im Jahre 1918 nachzuprüfen, denn es müsse sich immer nur auf Einzelausschnitte der Geschehnisse beschränken:

Die verantwortlichen Ratgeber des Reichspräsidenten müßten doch auch juristisch genügend bewandert sein, um zu wissen, zu welcher Ausweitung und Ausbeutung vergangener Geschehnisse ein Wahrheitsbeweis, wie dieser von der Verteidigung angeboten, führen müßte. Und sie hätten Herrn Ebert ferner sagen müssen, daß seine tadellose Haltung in nationalen Fragen in der Meinung weicher Volkstresse zu sehr steht, als daß sie durch eine Meute kleiner Klaffer erschüttert werden könnte. . . .

Auch die „Germania“, das Berliner Zentrumsblatt, kommt noch einmal auf den Prozeß zurück und sagt:

Wägt man das Für und Wider ohne die Willkür der Voreingenommenheit ruhig ab, dann muß man feststellen, daß trotz der sehr merkwürdigen Begründung des Urteils Herr Ebert als Ehrenmann und Patriot aus diesem Prozeß hervorgegangen ist. . . . Gerade was das Gericht für unerheblich ansetzt, nämlich die Beurteilung der Handlungsweise Eberts vom politischen und historischen Standpunkt aus, ist für die Bewertung dieses Prozesses das Wesentliche. Denn uns interessiert in erster Linie die politische Seite dieser Angelegenheit. Und von diesem Standpunkt aus gesehen steht Ebert vollständig gerechtfertigt da. Man muß doch die Vorgänge aus den Verhältnissen von 1918 betrachten und darf sie nicht aus unseren heutigen Empfindungen heraus beurteilen. Ebert sprach in Trepow zu halb verhungerten, verblitterten und von radikalen Elementen verhehlten Arbeitern. Da konnte er nicht reden wie vor einer Versammlung gutsituerter Bürger. Er mußte sich dem Milieu anpassen, mit den Stimmungen seiner Zuhörer rechnen, wenn er Einfluß auf den Streit gewinnen wollte. Das muß man doch ein wenig im Auge behalten, wenn man die damalige Handlungsweise Eberts begreifen will. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß er die Absicht hatte, den Streit möglichst rasch zu beendigen. Das entsprach durchaus der patriotischen Haltung, die er nach einwandfreiem Zeugnis, wie dem des Abgeordneten Fehrenbach, eingenommen hat. Der Staatsanwalt traf das Richtige, als er die Handlungsweise Eberts Landesverrat, nicht Landesverrat nannte. Aber parteipolitische Verblendung läßt in weiten Kreisen keine objektive Beurteilung der damaligen Vorgänge mehr zu.

Zum Schluß sagt die „Germania“: Auch wir meinen, daß aus diesem Prozeß unbedingt Folgerungen und Lehren gezogen werden müssen, nämlich die, daß es notwendig ist, besseren Schutz gegen Verleumdung und Ehrabschneider zu schaffen. Die politischen Folgen, die die Rechtsprelle andeutet, das heißt der Rücktritt des Reichspräsidenten, wäre nicht zu ziehen. Dazu liegt nicht der mindeste Anlaß vor.

Wechselzugang für Ostpreußen.

Bestimmungen der Vorkonferenz.

Auf Grund des Verlaufs Artikels hat die Vorkonferenz in Paris an Stelle der vorläufigen Bestimmungen über den Zugang der Bevölkerung Ostpreußens zur Weichsel nunmehr endgültige Bestimmungen erlassen, die am 1. Februar 1925 in Kraft treten sollen. Diese Regelung weist verschiedene Verbesserungen gegenüber der vorläufigen Regelung auf: Sämtliche in eine Reihe von deutschen Wünschen unberücksichtigt. Die deutsche Regierung hat in einer Note an die Vorkonferenz auf die für Deutschland in wesentlichen Punkten unbefriedigende Regelung hingewiesen und hat sich für den Fall, daß durch die praktische Durchführung der neuen Bestimmungen die Rechte der Bevölkerung noch mehr vermindert werden sollten, Anträge auf Änderung der Regelung vorbehalten.

Die albanischen Aufständischen haben nach mehrtägigen Kämpfen Skutari und Alessio genommen. Blutige Kämpfe finden in der Gegend von Elbasan statt. Eine Abteilung von Aufständischen, die aus Bolona hervordrang und in den Enghang von Riola einbrach, griff 15 Kilometer nördlich der Hauptstadt Tirana die Regierungstruppen an. Der frühere Präsident von Skutari Benomir, wurde getötet, und die Aufständischen erbeuteten 4 Geschütze und 6 Maschinengewehre. Ahmed Jozu, der an der Spitze der Operatoren zur Einschließung von Tirana steht, befand sich gestern 25 Kilometer von der Hauptstadt entfernt.

Die republikanischen Türken. Von 18 freigewordenen Seiten der Nationalversammlung hat die republikanische Volkspartei bei Nachwahlen bisher neun gewonnen, u. a. floge sie auch in Konstantinopel.

Zölle und Produktionskraft.

Probleme der deutschen Handelspolitik.

Wir stehen vor einer neuen Periode der deutschen Handelspolitik, und das deutsche Volk hat ein Recht auf Klarheit darüber, wie diese Zollpolitik geführt werden soll. Wir stehen vor der entscheidenden Frage, ob noch einmal dem unerreichbaren Ziel der Selbstnützigkeit nachgejagt werden soll oder ob nicht unser Streben darauf eingestellt sein muß, uns organisch mit unserer ganzen Produktionskraft in die Weltwirtschaft hineinzustellen, Arbeitskraft und Kapital nur an den Punkten des zu erwartenden höchsten Auftrages anzusetzen und zu diesem Zweck die Eigenart der deutschen Arbeitskraft, die auf dem Gebiete der hochwertigen Erzeugnisse der verarbeitenden Industrien ihr größtes und am meisten fruchtbringendes Betätigungsfeld findet, voll zu entwickeln.“

Mit diesem Worte ist das Ziel umrissen, das die deutsche Handelspolitik in der nächsten Zeit zu verfolgen hat. Die deutsche Wirtschaft muß gefunden und die Folgen des Krieges und der Inflationszeit überwinden, wenn das deutsche Volk neue Aufstiegsmöglichkeiten haben soll. Am 10. Januar gewinnt Deutschland die handelspolitische Freiheit zurück, die es durch den Vertrag von Versailles verloren hatte. Es ist nicht mehr gebunden durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages, die automatisch allen Unterzeichnern des Vertrages Deutschland gegenüber die Meistbegünstigung gewährt. Aus freier Entschliebung kann das deutsche Volk an die Reorientierung seiner Handelspolitik herangehen. Wenn im Parlament über die Fragen der Handelspolitik entschieden wird, so muß im Volk volles Verständnis für die Probleme der Handelspolitik vorhanden sein. Der Erwägung und Vertiefung des allgemeinen Verständnisses für Fragen der Zoll- und Handelspolitik dient eine Abhandlung von Artur Saturnus über „Zölle und Produktionskraft“, der wir das Motto entnommen haben.

Es ist die Absicht dieser Schrift, die Probleme der Zoll- und Handelspolitik unter dem größeren Gesichtspunkt der allgemeinen Wirtschaftspolitik, der Arbeit an der Hebung der deutschen Produktionskraft zu behandeln. Unter diesem Gesichtspunkt ergeben sich die Werturteile des Verfassers über die bisherige Handelspolitik, und über den in der nächsten Zukunft einzuschlagenden Kurs. Er geht aus von einer Untersuchung der wirtschaftlichen Zustände in Deutschland nach dem Kriege und der Inflation. Deutschland ist aus diesen Katastrophen nicht ohne alle Voraussetzungen für eine künftige wirtschaftliche Gesundung hervorgegangen. Die deutsche Industrie verfügt über einen erweiterten Bestand von Produktionsmitteln. Die Voraussetzungen für eine organisatorische Verbesserung der Produktionsmethoden sind gegeben. Demgegenüber steht die Schwächung der Arbeitskraft durch das Inflationsleiden, die Einengung des inneren Marktes durch die verminderte Kaufkraft der Massen der arbeitenden Bevölkerung und die Schwierigkeiten des Exportes. Das Ziel einer unter großen Gesichtspunkten geführten Wirtschaftspolitik muß demnach sein: Erweiterung des inneren Marktes, Hebung der Kaufkraft der Massen, Schutz und Hebung der Arbeitskraft, in deren Wiederherstellung und rationellen Verwendung ein entscheidender Faktor der Hebung der deutschen Produktion gesehen werden muß. Wiedereingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft. Von dem obersten Gesichtspunkt der Hebung der Produktion ausgehend, sieht der Verfasser zunächst die Sozialpolitik als Mittel der Wirtschaftspolitik. Er stellt fest, daß die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterklasse gehen mit den Anforderungen, die im Interesse der Wirtschaftsgesundung und der Hebung der deutschen Produktion an die Sozialpolitik gestellt werden müssen.

Die künftige Handelspolitik ist eines der vornehmsten Mittel, um zu diesen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen zu gelangen. Der Verfasser gibt zunächst einen kurzen Überblick über die Gestaltung der deutschen Handelspolitik nach dem Krieg. Ausführlich legt er dann die Rolle dar, die die Zollpolitik als ein Teil der Handelspolitik in der allgemeinen Wirtschaftspolitik spielt. Er stellt scharf die volkswirtschaftlich begründete, von sachlichen Gesichtspunkten ausgehende Zollpolitik der historischen deutschen Zollpolitik gegenüber, die im Grunde genommen nur Machtpolitik im Interesse einer aus der Feudalität hervorgegangenen gesellschaftlichen Oberschicht war, und gibt dann einen informativsten Überblick über Wesen und Arten der Zölle, über das Wesen der bisherigen deutschen Handelspolitik, über die Handelsverträge Deutschlands vor dem Kriege und über die neuen Ansätze zur Herausbildung eines neuen Handelsvertragsystems.

Von dieser Grundlage aus werden dann die aktuellen, zur Debatte stehenden Zoll- und handelspolitischen Probleme untersucht, wobei der Frage des Getreideschutzes eingehende Darlegungen gewidmet werden. Die Resultate, zu denen diese Untersuchungen gelangen, sind im wesentlichen die folgenden:

Das Ideal eines sich selbst versorgenden geschlossenen Handelsstaates, wie es Fichte aufstellte, ist für Deutschland in seiner heutigen Situation unmöglich. Will das deutsche Volk leben und seinen außenpolitischen Verpflichtungen nachkommen, so muß es nicht nur den Binnenmarkt stärken, es muß vielmehr seinen Export noch über die lebensnotwendige Einfuhr aus anderen Ländern hinaus steigern. Es muß das

*) Artur Saturnus, „Zölle und Produktionskraft“ Die Zollfrage als Problem der Produktionspolitik nach der Marktwirtschaft. Thülinger Verlagsanstalt und Druckerei, Jena.

Bestreben der deutschen Handelspolitik sein, am Abbau des hochschützöllnerischen Abzerrungssystems zu arbeiten, das die Folge des Krieges und der Währungsirren ist und den freien Warenverkehr unter den Völkern verhindert. Ein neues System von Handelsverträgen, das dem Ideal des Freihandels nahekommt, muß den freien Güterverkehr fördern und eine sichere Grundlage für die Hebung der deutschen Wirtschaftskraft und für mögliche Steigerung der deutschen wirtschaftlichen Entwicklung abgeben. Die Neuregelung des deutschen Zolltarifs muß unter dem Gesichtspunkte erfolgen, daß die von Deutschland selbständig festgesetzten Zölle nur als Mittel für die Bildung eines in der Haupttendenz freihändlerisch gerichteten Handelsvertragsystems zu dienen haben. Die Zollpolitik muß vollständig den größeren Gesichtspunkten der allgemeinen Handelspolitik, der Hebung der deutschen Produktionskraft untergeordnet werden.

Unter diesen Gesichtspunkten ergibt sich eine scharfe Ablehnung neuer Lebensmittelschutzzölle und neuer Industrieschutzzölle, sowie des Versuches, ein neues hochschützöllnerisches Solidaritätssystem zwischen Landwirtschaft und Industrie herzustellen. Gegenüber den Forderungen nach hohen Getreidezöllen stellt der Verfasser folgende Gesichtspunkte fest: Erhöhung der Getreidezölle bedeutet Schwächung der Kaufkraft der Bevölkerung und damit Einengung des inneren Marktes. An Stelle der Steigerung der deutschen Produktion wird durch den Getreidezoll eine neue Einengung der Produktion eintreten. Die ohnehin schon knappe Kapitaldecke der deutschen Industrie wird durch den Getreidezoll noch mehr der Landwirtschaft hinübergeworfen. Abnehmende Beschäftigungsmöglichkeit, Zwang zur Überforderung der Industrie sind die Folgen. Die soziale Wirkung auf die Arbeiterklasse, die Verschlechterung der Ernährungsverhältnisse muß sich als Rückgang der Intensität der Arbeit und der Produktion auswirken. Für die Landwirtschaft selbst hat der Getreidezoll keine produktionsfördernde Wirkung. Er bewirkt lediglich eine Erhöhung der Bodenpreise und der Bodenrenten.

Wiedereinführung agrarischer Hochschützölle wird mit Notwendigkeit industrielle Hochschützölle nach sich ziehen. Wird aber die deutsche Handelspolitik unter den Gesichtspunkten einer ausgeprochenen Hochschützölpolitik geführt, so stellen sich der Wiedereingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft, der Überwindung der Kriegsfolgen in den wirtschaftlichen Beziehungen der Völker unüberwindliche Hindernisse entgegen. Dann wird das System der gegenseitigen Abzerrung auf unabsehbare Zeit hinaus verlängert, Deutschland hat keine Möglichkeit, seinen Export zu steigern und den Weltmarkt in großem Umfang wieder zu gewinnen, es wird ausgeschlossen vom Bezuge billiger Rohstoffe, auf die seine Fertigkeiten und Verfeinerungsindustrie angewiesen ist. Die Wirtschaftskrise in Deutschland wird verlängert, die Umstellung auf rationelle Produktion verhindert. Die deutsche Wirtschaft wird weiterhin im Zeichen der hohen Preise, im Zeichen des Geistes des raubtierischen Monopolismus, der Arbeitslosigkeit, des sozialen Elendes stehen.

Die Darlegungen dieser Schrift werden durch zahlreiche illustrierende Beispiele sowie durch eine Anzahl statistischer Nachweisungen belegt. Für den Kampf gegen die wirtschaftspolitischen Tendenzen, die von den Interessentenverbänden ausgehen, und die Interessen einzelner wirtschaftlicher Mächtegruppen über die Gesamtinteressen des Volkes stellen, bietet diese Schrift wertvolles und instruktives Material. Sie ist ein wertvoller Beitrag zur Füllung einer Lücke in der sozialdemokratischen Literatur, die gerade in der Zeit der großen handelspolitischen Entscheidungen sich sehr empfindlich bemerkbar machte.

Berkhsummung im Besonderen Brandings? Brandings Sehnenentzündung am linken Bein hat sich ausgebreitet. Dies wirkt ungünstig auf das Allgemeinbefinden.

Zum Schiedsrichter für die Dames-Industrieobligationen ernannt wurde von der Reparationskommission im Einverständnis mit Deutschland der schwedische Bankdirektor Marcus Wallenberg.

Aufrufsprachen.

Das Einzige, was die Kommunisten können.

Die erste Seite der „Roten Fahne“ wird mal wieder von einem ellenlangen Aufruf geschmückt. Irgendwie muß sich die Aktivität der Berufsrevolutionäre doch zeigen. Wenn man auch sonst grundsätzlich jede politische Arbeit ablehnt und die Proletariat auf den kommenden Tag des großen Kladderadatsches vertröstet, so muß man doch ab und zu so tun, als ob man auch zur Gegenwart etwas zu sagen hätte. Natürlich ist nach Meinung der Kommunisten Zukunft und Gegenwart der deutschen Arbeiterklasse in finstern Dunkel gehüllt. Verlängerung der Arbeitszeit, Massenentlassungen, Kürzung der Löhne, Steuern, Schutzölle und völlige politische Entrechtung der Arbeiterklasse steht, wie die Kommunisten sagen, uns bevor. Wahrscheinlich denken sie daran, daß der Bürgerblock einen Teil dieses kommunistischen Programms verwirklichen könnte, und weil sie gegen diese Gefahren energisch ankämpfen wollen, deswegen geben sich offenbar die Kommunisten alle Mühe, den Bürgerblock in den Sattel zu helfen.

Wer mit solcher Energie auf kommende Gefahren hinweist, sollte auch den Mut haben, offen zu gestehen, daß er eine Regierung des Bürgerblocks absichtlich herbeiführen will, weil er einen solchen Kurs gegen die Arbeiterklasse für „erzieherisch“ und politisch nützlich hält. Wenn die Kommunisten ernsthaft gegen diese Dinge ankämpfen wollen, weswegen helfen sie dann dem Bürgerblock in den Sattel, weswegen unterstützen sie durch ihr Verhalten die Rechtsansprüche der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei? Daraus gibt der Phrasenschwall des Aufrufs keine Antwort. Es wird aber dafür gesorgt werden, daß diese Frage den kommunistischen Arbeitern überall vorgelegt wird.

In den stärksten Tönen beschwört der Aufruf die Gefahren eines neuen Krieges gegen Sowjetrußland, als ob das die einzige Sorge der Kapitalisten wäre und kategorisch wird verlangt:

„Kampf gegen jeden Versuch, das deutsche Proletariat in einen imperialistischen Krieg zu stürzen.“

Als die Zentrale der KPD. diese Forderung aufstellte, dachte sie wahrscheinlich an die kommunistische „Rote Fahne“, die am Sonntag eine Sympathiekundgebung von Offizieren für den Kampf gegen den Dawes-Plan veröffentlichte. Diese Kundgebung lautete wörtlich:

„Seit Wochen verläßt ein großer Kreis ehemaliger Frontoffiziere mit wachsendem Interesse den Kampf der „Roten Fahne“ gegen den Dawes-Plan.“

Erfüllt von tiefer Besorgnis um das Schicksal unseres Volkes sehen wir andererseits, wie eine sogenannte „nationale Bewegung“ von ihrer ursprünglichen Aufgabe als Trägerin des Freiheitsgedankens immer mehr herabgeglitten und zum Gendarmen des Versklavungsplanes, zum Schergen eines morschen Staatsgedankens wurde.

Die nationale Bewegung hat sich auf den Kopf gestellt. Statt „Freiheit“ ist ihre Parole „Ruhe und Ordnung zum Schutz der Sklaverei“.

Junge, nach Freiheit ringende Herzen sollen ihr energieerregendes Jugendtum in verkaltete, blutleere Gehirne umwandeln zum Genuß und zur Ehre des Generalaganten der Reparationskommission und seiner deutschen Helfer.

Das heißt Jugend und Energie töten und somit den Befreiungskampf abwürgen!

Darum begrüßen wir mit wärmster Sympathie die Brandmarung einer solchen „nationalen“ Bewegung, die auf Heuchelei, Seminarsucht oder mangelnder Intelligenz beruht.

Der Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus muß unser Freiheitskampf sein gegen den gesamte-imperialismus.

gez. von Eiden, Oberst a. D.“

Diese nationalistischen Phantasien revanche-lüsterner Offiziere hat der Aufruf der KPD. vielleicht im Auge, wenn er sich gegen imperialistische Kriegstendenzen

wendet! Im Ernst: es gibt nichts Verlogeneres als diese Aufrufe der Kommunisten gegen den Imperialismus und für den wirtschaftlichen Fortschritt der Arbeiterklasse. Die Kommunisten wünschen den imperialistischen Zusammenstoß, und ihnen ist nichts so unangenehm, als wirkliche wirtschaftliche Erfolge der Arbeiterklasse. Der wirtschaftliche Aufstieg entzieht ihrer verlogenen Hege den Boden unter den Füßen, der Kampf gegen imperialistische Zusammenstöße, wenn er mit Erfolg geführt wird, raubt ihnen fast jede Zukunftsperspektive. Von diesen Aufrufen der KPD. wird kein Arbeiter je etwas wissen. Ihre Phrasen werden immer weniger Eindruck machen, je mehr die wirkliche Entwicklung entgegen ihren Prophezeiungen den Weg aufwärts und vorwärts führt.

Der kommunistische Amnestieschwindel.

Auf unsere gestrige Feststellung, daß gerade die Kommunisten die Niederschönenfelder politischen Gefangenen in der letzten Amnestiebestimmung im Reichstag verraten haben, antwortet die „Rote Fahne“ heute mit einem langen Geschwafel über allerlei, worauf es nicht ankommt. Entscheidend ist doch nur, ob die Kommunisten im Reichstag schließlich für eine Amnestie gestimmt haben, von der die bayerischen politischen Gefangenen von 1919 ausgeschlossen waren. Das wagt selbst die „Rote Fahne“ nicht zu bestreiten. Es ist eben dieser Verrat der Kommunisten selbst von der „Roten Fahne“ nicht zu leugnen.

Bei dieser Gelegenheit sei noch auf folgende sehr eigentümliche Tatsache hingewiesen: Im Reichstag bringen die Kommunisten jetzt in der Amnestiefrage eine Interpellation ein, im preussischen Landtag aber einen Gesetzentwurf. Also gerade im Reichstag, wo eine Amnestie am durchgreifendsten gestaltet werden kann, verzichten sie auf einen Gesetzentwurf, da lassen sie es bei einer Interpellation, d. h. bei der Rede bewenden! Und dann wollen die Kommunisten noch jemandem glauben machen, daß sie allein die Vorkämpfer der politischen Gefangenen seien! Es wird Zeit, auch diesem Schwindel ein für allemal ein Ende zu machen.

Diktaturgelüste des Stahlhelms.

Stahlhelmminister, Stahlhelmsbeamte, Stahlhelmsgesetzgebung.

Die Rechtsparteien in Braunschweig haben die Wahlhilfe des Stahlhelms mit Abmachungen erkaufte, die glatt gegen die Verfassung verstoßen. Der Stahlhelm legt nach den Wahlen, die eine knappe Rechtsmehrheit im Landtag brachten, die Rechnung vor. Er fordert Einfluß auf Regierung, Gesetzgebung und Verwaltung. Er fordert brüst und droht unverhohlen:

„Die politischen Parteien, für die der Stahlhelm mit seinem Namen gebürgt hat, werden vor die Frage gestellt werden müssen, inwieweit sie ihm diesen Einfluß gewähren wollen, und wir hoffen und vertrauen darauf, daß sie dies in volstem Maße tun werden. Tun sie es nicht, verweigern sie dem Stahlhelm jede Einflußnahme auf die Gestaltung der Dinge, dann müssen sie sich bewußt sein, daß sie sich im Stahlhelm eine Opposition schaffen, die die Kraft und die Macht hat, wie sie die rote Herrschaft gestürzt hat, auch sie zu stürzen. An den Parteien ist es, die Antwort auf die Frage zu geben. Der Stahlhelm wartet darauf.“

So zu lesen in der Braunschweiger Stahlhelmzeitung. Der Stahlhelm will also Stahlhelmminister, Stahlhelmsbeamte, Stahlhelmsrecht vor Landtagsrecht. Kurzum, er will die demokratisch-parlamentarische Verfassung ersetzen durch eine Stahlhelmdiktatur. Wenn die Rechtsparteien diesen Forderungen in Braunschweig nachgeben, würden sie einen glatten Verstoß nicht nur gegen die Landesverfassung, sondern auch gegen die Reichsverfassung begehen.

Der Stahlhelm aber behauptet nach wie vor, er sei eine politisch neutrale Organisation.

„Pelleas und Melisande“ von Maeterlinck

(Wallner-Theater.)

Bernunft ist besser als Hoff. Jahrelang hat Maeterlinck gegen Deutschland gekämpft. Er hat den Arztem bezogen, die deutsche Kunst mit den großdeutschen Kriegsmatadoren zu verwechseln. Von allen, die deshalb gegen uns gesteuert haben, ist Maeterlinck der billigste gewesen. Sein großer Landsmann Verhaeren hat während des Krieges auch furchtbare Wahnwörter gegen Deutschland geschleudert, aber schließlich drang doch das Wort der Vernunft und sogar der Liebe immer wieder in seine Schrift ein, wenn er sich in Schmerzen über das Leid seines belgischen Vaterlandes wand. Nun, Verhaeren ist dahingegangen, Maeterlinck ist geblieben. Lange haben wir ihn in Deutschland nicht mehr gespielt, nun wollen wir Kränkung und Beileidigung vergessen, wir führen ihn wieder auf. Das Wallner-Theater spielt am Vorabend der Weihnacht „Pelleas und Melisande“. Auch diese Aufführung ist eine Friedensbotschaft. Wir dürfen nicht weiter hoffen, auch Maeterlinck wird gern einen breiten Strich durch die übrigens künstlerisch ganz mißlungenen Auswürfe seines Hasses machen.

Pelleas und Melisande — Mondsucht und Liebeschwärmerei, gemischt aus Schafspore und dunkleren Mysterien. Maeterlinck hat einstmals den Dichter der deutschen Hymnen an die Nacht, den unsterblichen Klopstock, in eine schwingende andacht-beklemmte Sprache überetzt. Er ist immer diesem dunklen Deutschen verwandt geblieben, er hat ihn immer wieder gesucht, dann selbst, wenn er irgendeine mythologisch fern liegende Zeit mit seinem affektierten Instinkt durchleuchtet. Bruderliebe um die gleiche Frau, im ägyptischen Besatz nichts anderes. Und der jüngere Bruder wird erschlagen, weil Melisande, die Gattin des älteren Bruders, beim Anblick Tränen der Freude vergießen muß und Tränen des Wehs. Täuschen wir uns nicht: Maeterlinck mußte sehr gut, was die Bühne braucht. Wüßte er das nicht, er würde nicht so zündend wirken. Aber darüber hinaus reden in ihm die großen Sinnen. Er kommt ganz nahe an das Herz heran. Musik, Rhythmus, eine Liebesinnlichkeit, die noch weiter zurückliegt, als ein frommer Verstand es begreifen mag, das sind seine Reigungen, das sind seine Nachahmungen.

Die Aufführung im Wallner-Theater leitete Emil Lind, dessen Ohr für solche Orgelöne wohl gelübt ist. Nun spielt am Wallner-Theater Grete Jacobsen die Melisande. Sie ist eine junge Frau, die durch ihre Natur schon zu Marienschildern geschaffen wurde. Sie vermag das Wort berartig auf der Zunge festzuhalten, daß man die Zusammengehörigkeit zwischen dem Gefühl und dem Worte sehr stark fühlt. Sie kommt nicht in den Verdacht, eine routiniertere Künstlerin zu sein. Die Empfindungskraft scheint vorläufig ihre beste Eigenschaft. Ernst Deutsch war der jüngere Bruder, Theodor Uoos der massive Ältere. Der Wort des Älteren ist verständlich, wenn der Jüngere, der noch ein halber Knabe sein soll, fast zusammen-

sinkt unter der Last seines poetischen Temperaments. Mondsucht, Liebe und Däbe, zwei Eigenschaften, die fund werden müssen. Nun, erstaunlich, daß Ernst Deutsch gar nichts von der Süßigkeit dieses armen Pelleas ahnen läßt. Ernst Deutsch war eher Intrigant und Tragödie, er war kein Viederhänger, er war kein Schwärmer, er war kaum ein Jüngling. Wogegen Theodor Uoos manche Talente besitzt, die ihn für die Rolle des eifersüchtigen Gatten bestimmen. Das Wurmige, das Grabende, das Grübende, alles das gelingt ihm. Aber er lebt nicht mit, wenn sich der große Schmerz ausstößt. Da sind Lücken zwischen dem gegebenen Text und dem wiederkehrenden Künstler.

Max Hochdorf.

Parademarsch im „Berliner Theater“. („Marelise von Dessau.“) Emma Sturm war so heiser, daß selbst die es merken, die ihre unbändige Freude hatten, wenn ein paar Soldaten aufmarschierten. Und wie tobten sie erst als der Dessauer Marsch gespielt wurde! Streifemann nickte von seinerloge aus freundlich mit dem Kopfe, ein zweiter illustrierter Gast war wegen der jüdischen Feiertage nicht anwesend, Robbi Kliba. Er hätte etwa gesagt: „Historien auf der Bühne — das war schon da. Die Parademarsche in der Operette — welche Lautologie! Parademarsch ist schon selbst ein Stück Operette. Gefang an den Rudel, an die Schwabe — das ist Süßholz für Backfische. Die drei sogenannten Schlozer — alle Kamellen.“ Wir fügen hinzu: das ist gar keine Operette, sondern eine Zusammenstellung von kleinen Liedern, abgeklungenen Couplets, lebenden Bildern. Man kennt das nun alles zum Ueberdruß. Jeder Besucher kann sich nach zwei Takten die ganze Melodie zusammenklauen. Nur eine Parodie auf der „Trompeter von Säckingen“ im letzten Akt amte dank Eugen Reg (nicht Fredericus Reg) wirkliche Lustigkeit. Im ersten Akt geht's trübselig zu. Im zweiten sentimental, im dritten dank der Fröschel-Eduard Lichtsteins Jalousie. Im übrigen ereignet sich was an Vaterliebe, Mutterliebe, Treue, Festigkeit, Brust raus, Ehrpuffigkeit, abgestandener Operetten-Apothekermare aller Art. Emma Sturm hat keine Rolle; sie muß immerfort melancholisch sein und seufzen und jammern. Ganz apart spielt die kleine Josefine Klein. Und auch der robbende Marquis Hermann Böttcher bringt in die Steifheit ein bißel Humor daher. Wäre zündende Musik (etwa Robert Winterberg) aus diesem mährigen historischen Boden gebauert worden, Schmidt-Gentner, der Dirigent, hätte sie zu einem Riesenerfolg gebracht. Keine Bekanntheit mit ihm war der einzige Gewinn des Abends, denn den Dessauer-Marsch hatten wir schon gekannt, und Emma Sturm war krank. Die Claque und die Militäristen erzwingen einen äußeren Erfolg. Alles schon da gewesen.

Namjell Altsche. Es ist doch gut, daß der Bühnenverein die Franzosen wieder zuzulassen hat, sonst hätten die Besucher des Theaters am Lustigendom nicht diese hübsche Weihnachtsüberbroschung bekommen. Die Literatur scheint diesem fetteiten Theaterverein nicht zu bekommen, es flüchtigen zum älteren Vaudeville, dem lustigen, frechen, witzigen, satirischen (je nachdem) Stück, das die Musik als Umrahmung, als Couplet und Ensemble hat, uns

aber nicht darin etränkte und daneben dem gesprochenen Wort Raum läßt. Zwar haben die guten Deutschen auch sehr nette musikalische Schätze der Zeit gemacht (sogar musikalisch noch bessere), aber doch nicht so pariserisch, wie sie der Kurfürstendamm verlangen kann. Hervé (nicht zu verwechseln mit dem Kriegsfantaster Hervé mit dem doppelten Vorzeichen) ist durch Offenbach verdrängt worden, aber sein „Fräulein Scheinbild“ (1883 entstanden) ist noch quälend, und was ihr an aktuellen Reizen abgeht, hat der Bearbeiter Karl Köster reichlich durch Kopistungen und Wibe ersetzt. So wird den dieses gräßliche, fade, spießbüßische, aber im Grunde unbedorbene Frauenzimmerchen, zugleich braves Stoffsfräulein und ausgelassene Soubrette, die im Vaudeville ihres Beheers einspringt und die Hauptrolle singt, die Berliner entzücken. Zumal sie in Erika von Thellmann eine ideale Verkörperung findet. Sie ist in Figur, Spiel und Gesang wie geschaffen dafür und erfüllt mit ihrer luftigen Schamerei das ganze Haus. Adalbert macht den Organisten, etwas trocken und unergiebig (für Klavier). Jurel des Gutes tut Paul Morgan als Theaterdirektor; er spielt (in der Wasse Offenbachs) eine ganze Berliner Theaterrevue, die von Witz und Bosheit funkelt. Winterstein ist ein Bombenbramarbas von Theaterdirektor, Ula Grüning eine höchst würdige Ubcin (mit dem gelegentlichen Ausblick zum Erdischen), reizend Charlotte Böllin als Corinne, reizend der ganze Chor der Schauspielerinnen. Hans Ray ist Hervés Parität ein treuer Pfleger, die Fortheiten kommen anant und die Militärmusik schnellig heraus. Ja, das Müllische gefiel besonders; kann man es nicht deutsch haben, so tut es auch die französische Diebstahl. d.

Die erste allgemeine deutsche Ausstellungsstellung in Moskau hat jetzt stattgefunden. Von zwei Künstlern, Otto Rogel und Eric Johanson von der „Internationalen Arbeiterhilfe“ veranstaltet, hat die Ausstellung noch einem Moskauer Bericht Paul Ettingers im „Gacete“ stark entzückt. Die besten Namen der jüngeren deutschen Kunst waren nicht zugänglich vertreten. Nicht das Richtige für Moskau war die schonungslose Verhöhnung des unsterblichen Bourgeois, die dort ins Beere verfallt, und die allzu laute Betonung des Erotischen. Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf eine in Rußland bisher ganz unbekanntes Holzschneidwerk von Käthe Kollwitz. Von Vorläch, von dem jeder jedes Bildwerk fehte, bewundernde man menschen die Graphiken. Für eine zweite Ausstellung deutscher Kunst in vollkommenerer Gestalt ist vorhanden in Moskau nicht viel Aussicht, und das ist sehr bedauerlich, da die deutsche Kunst dort so gut wie völlig unbekannt ist.

Cadwig Hardt gibt in der Berliner Session, Kurfürstendamm 22, abends 8 Uhr, 3 Abende. Amelien Vierzig: Weiterer Abend. Sonntag, den 27.: Rosellen Thomas Mann, Anut Dausur, Hermann Tana, Werfelind, Neues von Kalla und Kallenberg. Sonntag, den 28.: Ebnestische, Ichanische, verische Schrift, Bestenliste von Adernant, Börne, Armin, Strindberg, Jola, Wäde, Goretsten von Scherbank, Wogenstein und Rhonora.

Die Ausstellung Medici-Gesellschaft, Vesperstunde, 8 am Dänker Platz, veranstaltet eine Ausstellung von Originalhandzeichnungen der französischen Schule vom XVI. bis XIX. Jahrhundert. Die Ausstellung ist bis Ende Januar täglich von 10 bis 2 und von 4 bis 6 Uhr geöffnet.

Eine Anfrage an die Rentenbank.

Wer ist kreditwürdig?

In seiner Sonntagnummer vom 21. d. M. schrieb der „Vorwärts“: „Unter den kleineren Kreditinstituten, welche von der Treuhändstelle Kredit erhalten, hat der Verwaltungsrat der Rentenbank eine Auswahl getroffen. Wir hoffen, daß die Treuhändstelle ein Nachprüfungsrecht dieser Institute sich vorbehält.“

Im Handelsblatt der „Börsen Zeitung“ vom 22. d. M. ist zu lesen:

„Bankfirmen bedenklichen Charakters. Dem Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes liegen bezüglich der Deutschen Landwirtschaftsbank A. G., Berlin W. 8, und der Deutschen Goldkreditbank, Berlin NW. 7, Mitteilungen vor, die eine Geschäftsverbindung mit den genannten Firmen nicht empfehlenswert erscheinen lassen.“

Unter den Banken, welche mit Rentenbankkrediten bevorzugt werden sollen, befindet sich auch die Deutsche Landwirtschaftsbank A. G. Bankverbindungen, welche die zuständige Stelle des Bankiergewerbes nicht für empfehlenswert hält, erachtet die Rentenbank für besonders unwürdig.

Wir fragen: Ist die Deutsche Rentenbank auch jetzt noch der Ansicht, daß die Deutsche Landwirtschaftsbank A. G. Kredite von ihr erhält? Wir fragen ferner: Wie kam die Deutsche Rentenbank dazu, gerade die Deutsche Landwirtschaftsbank A. G. in die Reihe der auswählten Bankinstitute aufzunehmen?

Diesmal erwarten wir eine klare Antwort in Interesse der Landwirtschaft und der Allgemeinheit. Sollte diese Antwort ausbleiben, dann wären wir selbst gezwungen, eine solche zu erteilen.

Weihnachtsamnestie in Sachsen.

Dresden, 24. Dezember. (Z.) Zum Weihnachtsfest sind im Geschäftsbereich des sächsischen Justizministeriums 182 Strafgefangene, darunter auch politische Gefangene, in Freiheit gesetzt worden.

Vertagung der Räumungsfrage.

Um einige Wochen.

Paris, 24. Dezember. (Z.) Nach den Morgenblättern wurden in den gestrigen Besprechungen am Quai d'Orsay, an denen der Direktor der polnischen Abteilung, Baroche, General Desforges als Vertreter des Marschalls Foch, und der juristische Sachverständige For-mageot teilnahmen, die Umrisse einer Note festgelegt, die die Bot-schafterkonferenz Ende der Woche an Deutschland abgeben soll. Die drei Genannten wurden am Abend von Herriot (dessen Bestanden sich so gebessert hat, daß ärztliche Berichte nicht mehr veröffentlicht werden) empfangen, der sich den Text der Note vorlegen ließ. „Petit Journal“ glaubt über den Inhalt der Note folgendes mitteilen zu können: Die veränderten Regierungen werden Deutschland mitteilen, daß der vorläufige Bericht der internationalen Militärkontroll-kommission nicht befriedigt. Weiter werde darauf hingewiesen werden, daß die Kontrollkommission ihre Arbeiten, d. h. ihren Schlußbericht erst einige Wochen nach dem 10. Januar 1925 werde beenden können. Die Verbündeten werden erst dann den Zeitpunkt der Räumung Kölns angeben in der Lage sein. Bis dahin werde die Räumung ohne Angabe eines bestimmten Datums verzögert.

Sonntag Botschafterkonferenz.

Paris, 23. Dezember. (Z.) Der englische Botschafter, Lord Crewe, hat der Botschafterkonferenz mitgeteilt, daß er am Freitag anderweitig in Anspruch genommen sei und daher nicht an der für Freitag anberaumten Sitzung der Botschafterkonferenz teilnehmen könne. Die Sitzung wurde daraufhin endgültig auf den nächsten Sonntag festgesetzt.

England sagt: Nicht drängeln!

London, 24. Dezember. (Z.) Der diplomatische Bericht-erstatler des „Daily Telegraph“ meldet, er erfahre, daß, wenn die deutsche Regierung auf der strikten Beobachtung des Buch-staben des Versailler Vertrages bestände und eine endgültige Entscheidung zu dem für die Räumung Kölns festgesetzten Datum verlangen sollte, die Alliierten dies nicht genehmigen würden, die Entscheidung auf vorläufige Berichte zu gründen, die dann vielleicht weniger günstig für Deutschland sein würde als eine Entscheidung, die sich auf den ausführlichen Kontrollbericht gründen würde. Der Berichterstatter glaubt, daß die Alliierten Regierungen, sobald sie im Besitz des vollen Berichts sein würden, wahr-scheinlich eine Periode von einigen Monaten festsetzen würden, während deren die deutschen Behörden die bezeichneten Verläum-dnisse zu beseitigen in der Lage sein würden. Es sei nichts-destoweniger bedauerlich und werde von den britischen Behörden im Rheinland beklagt, daß diese hinsichtlich der Weisheit statt einer Politik angewandt worden sei, die sich entweder auf reine Zweckmäßigkeitserwägungen oder auf die buchstäbliche Beobachtung des Versailler Vertrags gegründet hätte. Ersterer lehre den Deutschen einen kühnen Beschwerdebegrund und beeinträchtige das gute Verhältnis, das bisher zwischen der britischen Regierung und der britischen deutschen Bevölkerung geherrscht habe. Zum Schluß sagt der Berichterstatter, militärische Kreise hoffen, daß die britischen Truppen, wenn die Zeit für die Räumung Kölns gekommen sei, nicht nach Trier, sondern nach Koblenz oder Wiesbaden vorrücken werden.

Kadau im höchsten Gericht.

Keine Aufwertung in Deutschösterreich.

Wien, 24. Dezember. (Z.) Der Verfassungsgerichts-hof hat die Beschwerde gegen die Gültigkeit der Verordnung des ehemaligen Finanzministers Schumpeter, der erklärt hatte, Krone ist Krone, zurückgewiesen. In der Begründung wird erklärt, daß das Ermächtigungsgesetz vom Jahre 1917 nicht nur für die Dauer des Krieges, sondern auch für die Dauer der außerordentlichen wirtschaftlichen Verhältnisse festgesetzt worden sei, also auch für 1919, in welchem Jahr Schumpeters Rückzugs-anweisung erlassen wurde. Die Verletzung des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes wurde von den zahlreichen anwesenden Klein-händlern mit großer Entrüstung aufgenommen und es kam zu lebhaften Szenen. Einzelne der Anwesenden riefen, die Regierung bestände aus Schwerverbrechern, nicht einmal in Albanien wäre solche Kulturstände denkbar. Präsident Citorali forderte die Zwischenrufer in der energischsten Weise auf, die Ruhe zu wahren. Trotzdem hörten die erragten Zwischenrufer nicht auf, so daß einige Namensfest-setzungen vortragen werden mußten.

Die Aufwertung kann, ebenso wie in Deutschland, nur durch eine besondere Gesetzgebung erfolgen.

Nach Betreiben des Ministerlandes der Parlamente, Englands, ist die allgemeine Volksvertretung vom König aufgelöst worden. Die Wahlmännerwahlen werden am 20. Januar und die der Deputierten am 20. Februar stattfinden. Das vom Parlament auf Empfehlung von Jagals angenommene Gesetz betreffend Einführung des direkten Wahlrechts wird also nicht in Kraft gesetzt.

Die „heilige“ Nacht der Anderen.

Sterne strahlen an allen Weihnachtsbäumen, große und kleine, silberne und goldene Funken im Glanz der flackernden Lichter. Hell-auf flammt das elektrische Licht oder die Gaslampe in den Zimmern mit der weihnachtlichen Stimmung.

Es ist das alles wie ein großer und allgemeiner Feiertag der ganzen Menschheit, und auch den Armen und Obdachlosen leuchten Lichter am grünen Baum, hat Liebe und Wohlwollen eine warm auch nur bescheidene Gabe unter den Baum gelegt. Der „heilige“ Abend zur „heiligen“ Nacht, und selbst die vielen Mühseligen und Sorgenbeladenen sehen in dieser Stunde ihren Kummer beiseite, und in den Augen mit bangen Blicken, bang vor der Zukunft, blinzt es freundlich und friedlich. Der Abglanz der Kerzen. Die wenigsten denken aber in ihrem Weihnachtsglück an die Tausende, die auch in der „heiligen“ Nacht die Arme nicht ruhen lassen dürfen, wie alle Tage und andere Nächte auch, am Werk sein müssen, damit die Menschen Weihnachtsglanz und Weihnachtsglück genießen können. Das ist die „heilige“ Nacht der anderen, der Arbeiter in den Fabriken, deren Räder nicht stillstehen dürfen, damit in der „heiligen“ Nacht das Licht in den Wohnungen erstrahlen kann. In den Elektrizi-tätswerken und Gasanstalten reifen die Maschinen, es fließt nach Öl und Fetten, Kohlenstaub schwirrt durch die Säle, und die Heizer an den Maschinen, schwelbend und rußgeschwärzt, schaufeln und schütten in die großen und unerfülllichen Feuerungs-löcher unter den Kesseln. Das Geräusch der Maschinen dringt nicht in diese Räume, und hier hat man keine Gedanken an Festesfreude und Festesglanz. In den hohen, großen Sälen der Postämter sind auch am „heiligen“ Abend hunderte von Händen unermüdet an der Arbeit, um die Post der Posten, die immer noch nicht abebbt, in rich-tige und geordnete Bahnen zu lenken, damit sie am nächsten Tag zu den Adressierten gelangen. In den Bureaus der großen Eisen-bahnstationen und in den Blockhuden haben die Beamten alle Auf-merksamkeit gerichtet auf die durch die Nacht huschenden Züge, und auf dem Führerstand der Maschine steht neben dem rußgeschwärzten Heizer der Maschinenführer und späht durch die Nacht nach den Lichtern der Signale.

Die „heilige“ Nacht der anderen, die heilige Nacht der Arbeit! Und ist es nicht die wirkliche heilige Nacht?!

Der neue Milchwucher.

Ein Protest der Gewerkschaften.

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben der Reichsregierung folgenden Protest übermittelt:

„Neben der unangelegten Preissteigerung der für die Volks-ernährung unentbehrlichen Nahrungsmittel und aller sonstigen Be-darfsgegenstände hat sich die Preisfestsetzung für Milch zu einem öffentlichen Skandal entwickelt. So ist für Ber-lin der Preis für Vollmilch für die laufende Woche auf 86 resp. 40 Pf. je Liter festgesetzt worden, d. h. nahezu 100 Proz. über Vorkriegspreise. Begründet wird diese Preiserhöhung, wie auch alle anderen vorangegangenen, mit dem Steigen der Butterpreise. Da auf dem deutschen Buttermarkt die frühere starke ausländische Buttereinfuhr noch immer fehlt und die Milchzeugung erhaltungsgemäß im Laufe des Winters zurückgeht, so ist zu befürchten, daß die Milchpreise noch eine weitere Steigerung erfahren, wenn die Grundlagen für die Preisfestsetzung die gleichen bleiben. Aber auch ohnedies ist der jetzige Preis als Wucherpreis zu bezeichnen und nur do-durch zu erklären, daß die deutschen Milchzeuger und Händler die durch den Krieg geschaffene Marktlage rücksichtslos in ihrem privatwirtschaftlichen Interesse ausnützen, un-bekümmert darum, daß damit dem heranwachsenden Ge-schlecht, den verbesserten und stehenden Mütter, den Alten und Schwachen eines der notwendigsten Nahrungsmittel ent-zogen und damit die ohnehin stark geschwächte Volksgesundheit dem privatwirtschaftlichen Interesse zum Opfer gebracht und weiterhin untergraben wird. Reichs- und Staatsbehörden, die übereinstim-mend den Vertretern der Gewerkschaften gegenüber stets und ständig die Gefahr einer neuen Inflation betonen, wenn den volkswirtschaft-lich berechtigten Forderungen der Arbeitnehmerschaft nichtgegeben würde und deren Forderungen dadurch zu begegnen suchen, daß sie ständig bemüht seien, den „Preisabbau energisch zu fördern“, haben bisher nichts getan, um diesem Wucher mit einem der notwendigsten Nahrungsmittel entgegenzutreten. Die Gewerkschaften protestieren energisch gegen die bisherige Untätigkeit der Reichs- und Staatsbehörden und verlangen von ihnen umgehend ein energisches Eingreifen gegen diesen die Volksgesundheit unter-grabenden Wucher.“

Die Untersuchung im Fall Kutischer.

Zur vollständigen Klärung der Angelegenheit Kutischer-See-handlung ist die Staatsanwaltschaft mit großem Eifer tätig. Nach einem gewissen Abschluß der Ermittlungen hat der Sonderdeputat Staatsanwalt Ruhmann gestern, wie wir schon mitteilten, Kutischer nach Moabit in das Untersuchungsgefängnis bringen lassen. Bei den vielen Vernehmungen in der Sache Kutischer durch den Staatsanwalt haben sich nun auch gewisse Verdachtsmo-mente gegen den Michael-Konzern ergeben. Zur Prü-fung der Beschuldigungen, nach denen Zusammenhänge auch dieses Konzerns mit der Kutischer-Sache behauptet werden, ist jetzt eben-falls von der Staatsanwaltschaft ein Sonderdezernat gebildet wor-den, das von Staatsanwalt Dr. Caspari geleitet wird. Nach dieser Richtung wurde Generaldirektor Jakob Michael bereits vor einigen Tagen lediglich als Zeuge vernommen. Weitere Ver-nehmungen nahen Staatsanwalt Dr. Caspari gestern bis in die Nachtstunden hinein vor.

Umtausch der Angestelltenversicherungskarten.

Die meisten der im Januar 1923 ausgestellt grünen Ver-sicherungskarten sind Ende dieses Jahres ausgefüllt und müssen umgetauscht werden. Umtauschstellen sind in Groß-Berlin die Polizeireviere und die Ausgabestellen des Magistrats Berlin, Klosterstr. 65/67. Ferner tauschen die Krankenkassen die Karten um, aber nur insoweit, als sie von dem Rechte, die Karten für ihre Mitglieder auszustellen, Gebrauch machen. Um Störungen in der Umtauscharbeit zu vermeiden, empfiehlt es sich, mit dem Umtausch schon jetzt zu beginnen und sich möglichst an die nächstliegende Ausgabestelle zu wenden. Großen Firmen, deren Umtausch nicht sofort möglich ist, wird empfohlen, der Ausgabestelle die Karten mit einem Nachweis über ihre Anzahl abzugeben, damit bei der Ab-holung Irrtümer vermieden werden.

Ein neues Jugendheim in Weißensee.

Am Sonntag nachmittag wurde im Hause der Charlottenburger Str. 112 das neue Weißenseer Jugendheim eingeweiht. Den Bemühungen des zuständigen Dezernenten, unerses Genossen Stadtrat Taubmann, ist es gelungen, für die Weißenseer Jugend-organisationen — hauptsächlich kommen die „Sozialistische Arbeiter-Jugend“ und der Touristenverein „Die Natur-freunde“ neben einem Dutzend anderer Vereine in Frage — einen Logensort zu schaffen, der als einer der schönsten Jugendheime Groß-Berlins bezeichnet werden kann. Drei geräumige und ge-mütliche Zimmer stehen der Jugend zur Verfügung. Zur Eröff-nungsfeier waren mehr als 100 Jugendliche erschienen. An der Feier nahmen prominente Persönlichkeiten aus dem Bezirksamt 18 teil. Auch die SPD-Fraktion war stark vertreten. Im Auftrage des Bezirksamtes begrüßte Genosse Stadtrat Taubmann alle An-wesenden. Er richtete besonders an die Jugend mahnende, aber auch begeisterte Worte, die beifällig aufgenommen wurden. Regi-

lationen und musikalische Darbietungen umrahmten die Einweihungs-feier. Die Aufführung des Hans-Sachs-Epiques „Der tote Mann“ durch die Weißenseer Arbeiterjugend fand einen lebhaften Beifall.

Vorsteherwahl im Rathaus.

Die „B. Z. am Mittag“ schreibt über die bevorstehende Neuwahl des Berliner Stadtverordnetenvorstehers:

Die erste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wird am 8. Januar stattfinden. Ueber die vorzunehmende Wahl eines Vorstehers haben die Fraktionen zwar noch keine Beschlüsse gefaßt, aber aus den bisherigen Erörterungen ist zu folgern, daß Stadt-verordnetenvorsteher Haß wiedergewählt wird. Sowohl die dem o-kratische als auch die Fraktion des Zentrum wird für ihn stimmen. Damit ist schon eine Mehrheit für den bisherigen Ver-sammlungsleiter vorhanden, der höchstwahrscheinlich auch noch die Stimmen der Wirtschaftspartei erhalten wird.

Offizielle Verhandlungen sind allerdings zwischen den Par-teien noch nicht geführt worden. Es will aber auch uns im höch-sten Grade unwahrscheinlich erscheinen, daß die Demokra-ten und das Zentrum in diesem Jahre sich wieder für einen Bürgerblock-Vorsteher entschließen sollten.

Im Kinderwagen erstickt.

Eine entsetzliche Einbildung mochte heute früh eine Pflanzmutter, Frau Ebel, Breite Str. 21 in Pots-dam. Sie hatte gestern Abend um 9 Uhr ein Pflanzkind, den acht Wochen alten Heinz Schwanz, in den Kinderwagen gelegt und zu-gedeckt. Heute früh lag das Kind erstickt als Leiche im Wagen.

Eine Aufregung gab es gestern in Schöneberg. Vor dem Hause Hauptstraße 78 fuhr abends ein Personenkraftwagen ein Pferdewagen an. Das Pferd wurde leicht verletzt, der Kutscher Paul Hermes, aus der Mollstr. 31 zu Lichterfelde, kam mit dem Schrecken davon. Der Führer des Kraftwagens ergriff mit seinem Auto die Flucht. Drei andere Kraftwagen ver-folgt ihn und stellten ihn nach kürzlicher Fahrt. Jetzt er-gab sich, daß dieser Führer, ein 27 Jahre alter Erwin Köber aus der Mollstr. 51, keinen Führerschein besaß. Er habe nur falsche Zulassungsbefreiungen besaß. Ueber die Herkunft seines Wagens IA 7081 blieb er eine befriedigende Auskunft schuldig. Der Wagen wurde deshalb beschlag-nahmt und Köber der Kriminalpolizei übergeben.

Ein fehlgegangener Schuß. Gestern gegen 10 1/2 Uhr nachts wurde der 54jährige Postenführer Ferdinand Uterhardt in der Wilhelmshavener Straße von den beiden Hunderten des Kaufmanns Otto Baße, Wilhelmshavener Straße 62 wohnhaft, angefallen. Um sich die Tiere vom Leibe zu halten, zog U. eine Pistole. Dabei Witzte sich ein Schuß und die Kugel verletzte den Kaufmann Hans Baße aus der Fischerstraße 82 am linken Unterarm. Der Verletzte mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Der Täter wurde festgenommen.

Nur einfarbige Laternen für Radfahrer. Es wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß zur Beleuchtung der Fahrräder nur Laternen mit farbigen Gläsern, die den Vorschriften nach vorn auf die Fahrbahn werfen, verwendet werden dürfen. Eine Ausstattung der Laternen mit rotem oder grünem Seitenlicht ist nicht zulässig.

Der Botanische Garten in Dahlem bleibt am ersten Feiertag heute am Ruhetage geschlossen, beginnt am zweiten Feiertag von 10 bis 4 Uhr dem allgemeinen Besuch geöffnet.

Mit Dynamit gegen Republikaner.

Major a. D. Czermak zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ueber eine wirklich einzigartige nationale Kraft verfügte bisher der Bayerische Automobilklub in der Person seines Präsidenten, des Majors a. D. Czermak. Dieser Biedermeier schmeint die Re-publikaner kurzerhand mit Sprengstoffen ausrotten zu wollen. Wir erzählten darüber aus München folgenden Drahtbericht:

Vor Jahresfrist wurde gegen die Villa des Kunstmalers Weg-erung in Seebuck ein Sprengstoffattentat verübt, wobei die Hausmutter verletzt wurde. Schon vorher war die Familie Weg-erung wiederholt einer Reihe von Schikanen ausgesetzt, die, wie all-gemein bekannt war, auf das offene Bekenntnis des Kunstmalers, ein Republikaner zu sein, zurück-zuführen waren. Eine gerichtliche Untersuchung führte zu einem Ver-fahren gegen den Major a. D. und Präsidenten des Bayerischen Automobilklubs Czermak in Ising an Chiemsee, in dessen Schuß auch Sprengstoffe gefunden wurden. Die vom Staats-anwalt beim Landgericht Traunstein erhobene Anklage wegen Ver-gehens gegen das Sprengstoffgesetz führte zur Freisprechung Czermaks. Der Staatsanwalt legte jedoch Berufung ein mit dem Erfolge, daß das Oberste Landgericht die Sache an das Landgericht zurückver-wies, und dieses verurteilte nunmehr Czermak zu drei Monaten Gefängnis.

Raubmord im Eisenbahnzug.

Zwischen Deutz und Köln.

Köln, 24. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In dem am Dienstag Abend 11 Uhr 1 Minute in Köln einreisenden Personenzug von Deutz wurde ein Major a. D. Körner in einem Abteil 2. Klasse erschlagen aufgefunden. Die Schädelschläge des Toten war eingeschlagen. Der Mord muß auf der kurzen Strecke zwischen Deutz und Köln ausgeführt worden sein, da der Tote vom Zugführer in Deutz noch gelehrt wurde. Die Mordkommission wurde verständigt und hat die Untersuchung ein-geleitet. Die beschlagene Leiche wurde zum Friedhof Köln-Nord überführt. Die Uhr des Toten schätzte, so daß mit Raub-mord gerechnet wird. Es ist aber auch die Möglichkeit eines Raubmordes oder eines politischen Mordes gegeben, da bei der Leiche noch ein Portefeuille von 340 M. aufgefunden wurde.

Die Ausnutzung der Wasserkraft.

Salzburg, 23. Dezember. (Z.) Vorgestern vormittag fand in Hainzenau bei Salzburg in Anwesenheit des österreichischen Bundespräsidenten Dr. Hainisch und des Bundeskanzlers Dr. Kamel sowie zahlreicher anderer Gäste die feierliche Eröffnung des von der würtembergischen Elektrizitäts-A. G. als Pächterin der Salzburger Elektrizitätswerke erbauten Strub-klam-Elektrizitätswerkes statt. Bei dem abends von-anholenden Festmahle gab Bundeskanzler Dr. Kamel seiner Genug-tuung darüber Ausdruck, daß die gemeinsame deutsche und öster-reichische Arbeit zu einem so schönen Erfolge geführt habe, und sprach den deutschen und den österreichischen Mitarbeitern seinen Dank und seine Anerkennung aus. Begleitungsrat Breiter überbrachte die Grüße und Glückwünsche des am Erscheinen verhinderten deutschen Bundeskanzlers.

Islands Leibut an das Meer. Reyjavik, 23. Dezember. (Z.) Islands Telegraphenbüro teilt mit: Zwei Motorboote sind in der Nähe der westlichen Fjorde untergegangen, wahrscheinlich während des Orkans am 18. Dezember. Die beiden Boote hatten eine Besatzung von 11 und 12 Mann, die sämtlich ertrunken sind. Im Laufe des Jahres 1924 sind insgesamt 78 isländische Seefahrer ertrunken, im Laufe der letzten drei Jahre insgesamt 220.

Großfeuer in Montreal. Im Westen von Montreal, in der St. Katharinenstraße, brach ein Feuer aus, das vier Waren-häuser teilweise vernichtete. Der Schaden wird auf 200 000 Dollar geschätzt.

Die olympischen Spiele sollen im Jahre 1928 in Amsterdam abgehalten werden.

